

- Zu einer demokratischen Überprüfung der Fortgeltung von Grundrechtseinschränkungen gehört zwingend die Mitwirkung parlamentarischer Körperschaften. Anderslautende Ermächtigungen der Exekutive sind wegen ihrer Verfassungswidrigkeit aufzuheben.
- Einschränkungen des Versammlungsrechts, die über das durch den Infektionsschutz gebotene Maß hinausgehen, sind sofort zurückzunehmen. Die Humanistische Union begrüßt daher die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, dass bei Anmeldepflicht die Behörden ihren Ermessensspielraum durch konkrete Einzelfallprüfungen vorzuziehen haben.
- Derzeit wird über eine Corona-App, die die Verfolgung von Infektionsketten zur Eindämmung der Pandemie diskutiert. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Humanistischen Union, der Informatiker Stefan Hügel, warnt: „Eine solche Corona-App birgt erhebliche Risiken für den Datenschutz und damit für die Persönlichkeitsrechte bei gleichzeitig unklarem Nutzen für den angestrebten Zweck.“ Die Erwartungen an eine Corona-App müssen daher klar formuliert werden, und die App muss so entwickelt werden, dass sie ihren Zweck und die notwendigen Datenschutzstandards erfüllt.
- Es müssen datenschutzfreundliche und sichere Lösungen für mobiles Arbeiten entwickelt werden. Dabei müssen die Las-

erschieden in der Fiff-Kommunikation,
herausgegeben von Fiff e.V. - ISSN 0938-3476
www.fiff.de

zukünftige Krisen, insbesondere in
geklärt werden, was wir aus der
n bzw. müssen. Die Wahrung der
d Gesellschaft bei jeder Krisenbe-

- Die Notversorgung und Evakuierung der Flüchtlinge in den durch die Corona-Krise besonders bedrohten Flüchtlingslagern an der Südgrenze der Europäischen Union müssen durch eine europäische, humanitäre Lösung sichergestellt werden.

Diese Pressemitteilung beruht auf einem Positionspapier der Humanistischen Union zur Corona-Krise. Das Papier kann auf der Webseite der Humanistischen Union (www.humanistische-union.de) abgerufen werden.

Die Zivilgesellschaft

Aus der Krise lernen: Digitale Zivilgesellschaft stärken!

Als zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für eine unabhängige digitale Infrastruktur und freien Zugang zu Wissen einsetzen, fordern wir: „Der Aufbau eines gemeinwohlorientierten digitalen Ökosystems muss endlich politische Priorität bekommen!“

In Krisensituationen zeigt sich die Bedeutung von unabhängigen und belastbaren digitalen Infrastrukturen, die es Menschen, Organisationen und Firmen ermöglichen, ihren alltäglichen Aufgaben nachzukommen. Von den Umstellungen zur Eindämmung von Covid-19 haben bislang vor allem die großen Technologiekonzerne profitiert: Die Verlagerung des Lebens in die digitale Sphäre beschert ihnen größere Marktanteile, Nutzungszahlen und Datensammlungen. Um in Krisenzeiten nicht von ihnen abhängig zu sein, braucht es ein aktives digitales Ökosystem, das echte Wahlmöglichkeiten bietet.

Software und dezentrale Plattformen ohne kommerziellen Hintergrund stammen oft aus gemeinwohlorientiertem Engagement. Nicht nur Unternehmen und Selbständigen bricht gerade die Finanzierung weg, sondern auch ehrenamtlich getragene Organisationen. Wichtige Teile unserer digitalen Infrastruktur beruhen auf ihrer Arbeit. Für sie gibt es aber kein milliardenschweres Hilfspaket.

Um besser vorbereitet zu sein für zukünftige Krisensituationen, muss ihre Arbeit gestärkt werden. Das Gute ist: Es gibt bereits ein weitreichendes Netz an Menschen und Organisationen, die gemeinsam an dezentraler und damit widerstandsfähiger digitaler Infrastruktur arbeiten und so die Grundlage dafür schaffen, dass wir in der nächsten Krise besser aufgestellt sind. Sie

arbeiten an freiem Zugang zum Internet wie die Initiativen für freie Funknetze, der Bereitstellung von sicheren Kommunikationswegen, Angeboten zu Freiem Wissen bis hin zu Open-Data- und Freien-Software-Anwendungen. Bisher erhalten sie dafür noch nicht genug Unterstützung von öffentlicher Seite. Jetzt liegt es an der Politik, auf sie zuzugehen und sie zu unterstützen.

Um langfristig und damit nachhaltig zivilgesellschaftliches Engagement und den Erhalt eines gemeinwohlorientierten digitalen Ökosystems zu fördern, schlagen wir folgende konkrete Maßnahmen vor – denn nach der Krise ist vor der Krise, wenn alles beim Alten bleibt:

Öffnung der Digitalpolitik für gesellschaftlichen Input

Digitalpolitik, die das Gemeinwohl ins Zentrum stellt, lässt sich nur gemeinsam mit gesellschaftlichen Akteurinnen, Akteuren und Initiativen verwirklichen. Hierfür muss sich die Politik noch weiter für Vorschläge aus der Gesellschaft öffnen und diese in die Politikgestaltung miteinbeziehen. Dazu braucht es die Anerkennung zivilgesellschaftlicher Expertise und ein klares Bekenntnis, deren Wissen und Kompetenzen zu nutzen.

Gezielte Förderung

Die digitale Zivilgesellschaft ist nur durch das ehrenamtliche Engagement und die Spenden von Bürgerinnen und Bürgern arbeitsfähig. Gerade in Krisensituationen brechen diese Stützpfeiler schnell weg und bedrohen die Existenz von Vereinen, Stiftungen und Initiativen.

In Deutschland mangelt es an niedrigschwelliger finanzieller Unterstützung für Organisationen und Sozialunternehmen aus der digitalen Zivilgesellschaft. Es braucht neue Fördermechanismen, die den Aufbau nachhaltiger Strukturen unterstützen und nicht nur Innovation im Blick haben, sondern auch die Instandhaltung und Weiterentwicklung bestehender Technologien. Möglich wäre eine solche Förderung beispielsweise durch eine vom Bund geförderte Stiftung öffentlichen Rechts, die Entwicklung, Wartung und Bereitstellung digitaler Technologien für die Gesellschaft fördert.

Öffentliches Geld, Öffentliches Gut

Es braucht rechtliche Grundlagen, die es verpflichtend machen, dass mit öffentlichen Geldern erarbeitete Inhalte offen zugäng-

Unterzeichnende Organisationen:

Free Software Foundation Europe (fsfe), Digitale Gesellschaft, epicenter.works – for digital rights, Chaos Computer Club, Wikimedia Deutschland, Superr Lab, D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt, Stiftung neue Verantwortung, Prototype Fund, iRights.lab – Think Tank für die digitale Welt, Algorithmwatch, Nextcloud, FIF – Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung, Open Knowledge Foundation Deutschland, Bundesverband deutscher Stiftungen, gig – Global Innovation Gathering, freifunk.net, Ashoka, Center for the Cultivation of Technology, Bits & Bäume – Digitalisierung und Nachhaltigkeit, Simply Secure, SEND – Social Entrepreneurship Netzwerk Deutschland, Stiftung Erneuerbare Freiheit, Verstehbahnhof, Goethe-Institut, OpenData.ch, Retune, Digitale Freiheit, BIB – Bundesverband Information Bibliothek, linuxmuster.net, Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland, AStA TU Berlin, Bits & Bäume Berlin, #DMW – Digital Media Women, Public Beta, Privacy Week Berlin, NODE – Forum for Digital Rights, BildungsCent, Landesbibliothekszentrum Rheinland-Pfalz, Deutscher Bundesjugendring, youvo, IfZ – Initiative für Zukunftsverantwortung, Open Government Netzwerk Deutschland, Citizens for Europe, Nitrokey – secure your digital life, Seitenstark, Liquid Democracy, European Hub for Civic Engagement, BUNDjugend – Young Friends of the Earth, Selbstbestimmt.digital, FFII – Förderverein für eine freie Informations-Infrastruktur, Germanwatch, Digital Guerilla, freie.it, Education Innovation Lab, heldenrat – Beratung für soziale Bewegungen, cbm. Computer Bildung Medien, Das progressive Zentrum, Civil Liberties Union for Europe, Rosy DX, www.aufdraht.org, The Urban Tech Republic Berlin TXL, Phineo – damit Engagement wirkt, Computertruhe, FOSSGIS, Social Impact, Stiftung Ecken wecken, Wechange, Stiftung Bürgermut, Project Together, et – Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, dbv – Deutscher Bibliotheks-Verband, hackerfleet, The Isomer Community, betterplace.lab, Evangelische Schule Berlin Zentrum, ownCloud, ifa – Institut für Auslandsbeziehungen, GGC – Global Goals Curriculum 2030, In-Haus

FIF e.V.

Grundrechtseinschränkungen in Zeiten von Corona über Verhältnismäßigkeit, Technikeinsatz und überzogene Erwartungen

12. April 2020 – Aktuell wird viel über die Einschränkung von Grundrechten zum Schutze der Bevölkerung diskutiert, dabei geht es um Themen wie Ausgangsbeschränkungen oder das Auswerten von Bewegungs- oder Kontaktdaten, beides zum scheinbar übergeordneten Zweck der Pandemieeindämmung. Gerade bei zweitemer fallen dann Sätze wie „Datenschutz kostet Leben“, was beängstigend an das ebenso falsche „Datenschutz ist Täterschutz“ erinnert. Dabei müsste in diesen Diskursen eigentlich klar sein, dass es hier keine eindeutig gebotenen Handlungen gibt. Es stehen sich unvereinbare Grundrechte gegenüber, so dass die Stärkung einer Seite immer zulasten der anderen geht. So mag eine Ausgangsbeschränkung das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit schützen, sie schränkt jedoch im gleichen Atemzug die Bewegungsfreiheit, Freizügigkeit und sogar Demonstrationsfreiheit ein. Gleiches gilt für die Nutzung von Bewegungsdaten aus dem Mobilfunknetz oder anderer Ortsdaten zur Verfolgung von Infektionsketten. Diese greift ganz wesentlich in das Grundrecht auf Datenschutz und sogar die Menschenwürde ein.

lich und weiterverwendbar gemacht werden. Der Datenschutz muss dabei immer gewahrt sein.

Dazu gehören: öffentlich finanzierte Software, Datenbestände und Informationen öffentlicher Stellen, Forschungs- und Bildungsinhalte öffentlich getragener Institutionen sowie die Inhalte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Entwicklung öffentlicher digitaler Infrastruktur

Wir empfehlen kontinuierliche staatliche Investitionen in die Entwicklung und Instandhaltung digitaler Infrastruktur und den Aufbau widerstandsfähiger Netze.

Wir fordern die Förderung von Dezentralisierung und einem breiten Ökosystem von Betreibern digitaler Infrastruktur, um digitale Souveränität zu erlangen und Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern aufzulösen, durch den Abbau von Betreibermonopolen sowie dem konsequenten Einsatz von offenen Standards, Freier- und Open-Source-Software-Technologien.